



MIT GEFÄLSCHTEM ATTEST UND OHNE MASKE IM BAHNHOF LÜBECK UNTERWEGS

Veröffentlicht am 01.02.2021 um 11:59 von Redaktion Stodo.NEWS

34-jähriger Mann verweigert das Tragen eines Mundnasenschutzes (MNS), legt gefälschtes Attest vor und leistet Widerstand.

Eine Streife der Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit (MKÜ) der Bundespolizei entdeckte am Samstagabend in der Wandelhalle des Lübecker Hauptbahnhof einen Mann ohne Mund-Nasenschutz.

Der Mann wurde durch die Streife angesprochen und legte daraufhin ein Attest vor, welches ihn angeblich vom Tragen des MNS befreit.

Die Kollegen hatten schon des Öfteren mit solchen Attesten zu tun und wussten daher, dass es sich hierbei um eine Fälschung handelte.

Er wurde jetzt aufgefordert den MNS aufzusetzen und er wurde belehrt, dass der Anfangsverdacht einer Straftat gegen ihn bestünde.

Dieser rastete völlig aus, beleidigte die Beamten, stellte den Staat und andere Institutionen in Frage. Die Beamten versuchten ihn zu beruhigen, doch er steigerte sich immer weiter in sein Vorgehen rein.

Durch eine anwesende Streife der DB Sicherheit erhielt die Streife der MKÜ den Hinweis, dass der 34-Jährige schon des Öfteren im ÖPNV und im Bahnhof ohne MNS angetroffen wurde.

Da er sich nicht beruhigen wollte und auch die Beamten weiter beleidigte, wurde gegen ihn ein Platzverweis für den Bahnhof ausgesprochen. Dem wollte er nicht nachkommen und so wurde er nach mehrfacher Androhung von unmittelbarem Zwang aus dem Bahnhof geführt.

Außerhalb des Bahnhofes meinte der 34-Jährige eine neue Plattform für sich entdeckt zu haben. Er wurde zunehmend aggressiver und beleidigte die Beamten weiter.

Erst nach dem gegen ihn eine Gewahrsamsnahme ausgesprochen und er mit zum Dienstraum am Bahnhof genommen wurde beruhigte er sich.

Gegen den Mann wurden Strafanzeigen wegen Beleidigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geschrieben. Außerdem bekommt die zuständige Behörde in Lübeck Kenntnis vom Fehlverhalten des Mannes und kann so eine Ordnungswidrigkeitenanzeige gegen ihn einleiten.

Auch der Arzt wird Post von der Ermittlungsbehörde erhalten, gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Ausstellens unrichtiger Gesundheitszeugnisse eingeleitet.